



Leistungsbeschreibung

zur Ausschreibung der Maßnahme

„Comeback Beruf – Kleine Kinder, Große Chancen“

nach § 16 Abs.1 Nr. 2 Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II)

in Verbindung mit

§ 45 Abs. 1, S. 1, Nr. 1 Sozialgesetzbuch (SGB) Drittes Buch (III)

Inhaltsverzeichnis

1 Modulbeschreibung	3
1.1 Allgemeine Rahmenbedingungen und Zielsetzung	3
1.2 Teilnehmende	4
1.3 Beschreibung der Leistung und deren Qualitätsstandards.....	4
2 Rahmenbedingungen für die Maßnahmegestaltung und -durchführung.....	9
2.1 Maßnahmedauer.....	9
2.2 Zeitliche Angaben	9
2.3 Teilnehmendenzahl.....	10
2.4 Maßnahmeort.....	11
2.4 Technische und räumliche Ausstattung der Maßnahme	11
2.5 Anforderungen an das eingesetzte Personal	13
2.6 Qualitätsmanagement und Berichtswesen.....	15
2.7 Regionale Vernetzung und Arbeitsmarktkennntnis	16
2.8 Vergütung	16
2.9 Öffentlichkeitsarbeit.....	22
2.10 Diversity Management	22

1 Modulbeschreibung

1.1 Allgemeine Rahmenbedingungen und Zielsetzung

Leistungsgegenstand ist die Konzeption und Durchführung der Maßnahme „Comeback Beruf – Kleine Kinder, Große Chancen“ nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) i.V.m. § 45 Abs. 1 Nr. 1 Sozialgesetzbuch Drittes Buch (SGB III) im Auftrag der Jobcenter Kreis Steinfurt AöR.

Die Geburt eines Kindes stellt für jede Familie eine tiefgreifende Veränderung der Lebenssituation dar. Die neue familiäre Konstellation erfordert eine Anpassung an veränderte Abläufe und Rahmenbedingungen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt insbesondere für Erziehende mit Kindern unter sechs Jahren eine besondere Herausforderung dar. Um den langfristigen Leistungsbezug von Familien zu vermeiden und die Erwerbstätigkeit, insbesondere von Frau, zu fördern, wurde mit der neuen Grundsicherung der Zeitpunkt, ab dem für Erziehende die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder die Teilnahme an einer Eingliederungsmaßnahme in der Regel zumutbar ist, auf die Vollendung des 14. Lebensmonats des Kindes abgesenkt. Damit können Erziehende regelhaft frühzeitig beraten, gefördert und in Arbeit integriert werden.

Im Kreis Steinfurt ist ein wachsender Anteil der Kundinnen und Kunden des Jobcenters erziehend und betreut mindestens ein Kind unter sechs Jahren. Diese Zielgruppe ist äußerst heterogen: Sie umfasst Menschen mit unterschiedlichen Bildungsbiografien und beruflichen Erfahrungen. Viele verfügen über eine hohe Motivation zur Arbeitsaufnahme, stehen jedoch vor spezifischen Herausforderungen, wie die Sicherstellung der Kinderbetreuung eingeschränkter Mobilität, mangelnder Kenntnisse des regionalen Arbeitsmarktes oder Unsicherheiten bezüglich Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Anforderungen. So wird auch der Anteil von Erziehenden, der beschäftigungsfähig ist, vom Arbeitsmarkt ferngehalten, solange die spezifischen Herausforderungen nicht bearbeitet werden.

Die (Wieder-)Eingliederung im Berufsleben gestaltet sich für viele Erziehende doppelt anspruchsvoll. Neben den allgemeinen Anforderungen des Arbeitsmarktes müssen sie familiäre Verpflichtungen, wie die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder, mit einer beruflichen Tätigkeit in Einklang bringen. Hinzu kommen häufig Unsicherheiten im Umgang mit Behörden, fehlende Netzwerke sowie ein Mangel an Informationen über familienfreundliche Arbeitsmodelle und Unterstützungsangebote.

Ziel des Angebots ist es, Erziehende gezielt zu unterstützen, ihre individuellen beruflichen Perspektiven zu erkennen und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu steigern, um eine eigenständige und langfristige Existenzsicherung, unabhängig von Sozialleistungen zu ermöglichen. Langfristiges Ziel ist es, die soziale Teilhabe und wirtschaftliche Unabhängigkeit von Erziehenden nachhaltig zu fördern und zu stärken und ihnen sowie ihren Kindern eine langfristige Lebensperspektive zu eröffnen. Die Maßnahme trägt dazu bei, Chancengleichheit in der Gesellschaft zu stärken.

Die für den Regionalbereich Rheine ausgeschriebene Maßnahme verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, der auf die Beseitigung spezifischer, individueller Integrationshemmnisse hinwirkt, die sich insbesondere aus familiären Strukturen (z.B. traditionelle Rollenbildern, der Aufteilung von Care-Arbeit sowie daraus resultierenden Rollenkonflikten) ergeben. Die Handlungsansätze des Auftragnehmers müssen daher auf diese typischen Hemmnisse ausgerichtet sein. Um nachhaltige Veränderungen zu ermöglichen, werden alle in der Erziehungsverantwortung stehende Personen in das Coaching und Gruppenangebote einbezogen und beraten, sodass die Bedarfsgemeinschaft gemeinsam tragfähige Strukturen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entwickeln kann.

Im Rahmen von Einzelcoachings und Gruppenangeboten werden die Teilnehmenden darin unterstützt, ihre individuellen Ressourcen zu erkennen, ihre persönlichen und beruflichen Kompetenzen zu stärken, individuelle Hemmnisse zu identifizieren und abzubauen sowie Strategien zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu entwickeln. Die individuelle Standortbestimmung bildet die Grundlage für einen passgenauen Integrationsplan, der sowohl persönliche als auch familiäre Stabilisierungsziele beinhaltet.

Die Maßnahme „Comeback Beruf – Kleine Kinder, Große Chancen“ besteht aus einem Aufnahme- und Auftaktgespräch und drei 3 Modulen:

- Modul 1 – Einzelcoaching (Aktivierung, Stabilisierung und Orientierung)
- Modul 2 – Gruppenangebote mit begleitendem Einzelcoaching
- Modul 3 – Einzelcoaching für nachhaltige Stabilisierung (begleitend)

Die Gesamtkonzeption liegt in der Gestaltungsfreiheit des Bieters. Den Inhalt hat der Auftragnehmer so auszurichten, dass der angestrebte Integrationsfortschritt bei jedem Teilnehmenden erreicht wird.

Die Inhalte im Teil 1.3 der Leistungsbeschreibung sind als Mindeststandard vorgegeben und entsprechend in die Gesamtkonzeption zu integrieren. Eine Konzeptberatung durch den Auftraggeber darf nicht erfolgen.

1.2 Teilnehmende

Die Zielgruppe der Maßnahme „Comeback Beruf – Kleine Kinder, Große Chancen“ umfasst erziehende erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit Kindern bis zur Einschulung, insbesondere Alleinerziehende, sowie Erziehende in oder nach Elternzeiten mit unsicherer, unzureichender oder nicht bestehender Kinderbetreuungssituation.

Die Teilnehmenden werden ausschließlich durch die Arbeitsvermittlung der jobcenter Kreis Steinfurt AöR akquiriert und stammen aus dem Kreis der SGB II-Beziehenden des Kreises Steinfurt. Die Entscheidung über die Teilnahme obliegt stets der Arbeitsvermittlung. Eine Teilnahme ohne Zuweisung ist nicht zulässig.

Zwischen Auftragnehmer und Teilnehmenden wird für den Zeitraum der Teilnahme an der Maßnahme ein Teilnehmervertrag abgeschlossen.

Eine Ablehnung einer vom Auftraggeber benannten teilnehmenden Person durch den Auftragnehmer ist nicht möglich – mit einer Ausnahme: Es ist Trägern, die unter § 33 des Infektionsschutzgesetzes fallen, erlaubt, Teilnehmende, die keinen Masernimpfschutz oder Masernimmunitätsnachweis vorlegen können und ein Nachholen des Impfschutzes ablehnen, abzuweisen, da sie sonst gegen das Infektionsschutzgesetz verstoßen.

Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich, wenn er einen Teilnehmenden ablehnt.

1.3 Beschreibung der Leistung und deren Qualitätsstandards

„Comeback Beruf – Kleine Kinder, Große Chancen“ ist darauf ausgerichtet individuelle Vermittlungshemmnisse ganzheitlich abzubauen und die notwendigen Voraussetzungen für eine nachhaltige Integration in Arbeit zu schaffen.

Um die Zielsetzung dieser Maßnahme zu erreichen, setzt sie sich aus einem Aufnahme- und Auftaktgespräch und drei Modulen zusammen:

- Modul 1 – Einzelcoaching (Aktivierung, Stabilisierung und Orientierung) – bis zu drei Monaten
- Modul 2 – Gruppenangebote mit begleitendem Einzelcoaching – bis zu sechs Monaten
- Modul 3 – Einzelcoaching für nachhaltige Stabilisierung (begleitend) – bis zu drei Monaten

Ausgangspunkt der Maßnahme ist eine individuelle Ansprache und die Erarbeitung spezifischer Handlungsansätze der einzelnen Teilnehmenden und die langfristige Begleitung durch eine feste Ansprechperson, um die Heranführung an und Integration in den regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu erreichen.

Schwerpunkte der Maßnahme sind:

- Individuelle Standortbestimmung
- Klärung der Kinderbetreuung
- Abbau von Vermittlungshemmnissen
- Berufliche Orientierung und Aktivierung
- Vermittlung von Wissen über regionale Unterstützungsangebote, flexible Arbeitszeitmodelle und Möglichkeiten der Ausbildung und Qualifizierung
- Stärkung von Selbstbewusstsein und Eigenverantwortung
- Empowerment

Begleitend werden praktische Hilfestellungen zur Organisation des Alltags angeboten.

Das Aufnahme- und Auftaktgespräch

Vor dem eigentlichen Coaching findet das Aufnahme- und Auftaktgespräch statt. Ziel dieses einmaligen Gesprächs ist zunächst die Herstellung einer ersten Beziehung zur teilnehmenden Person und die Vorbereitung auf die zukünftige konstruktive Zusammenarbeit mit dem Auftragnehmer.

Inhalte:

- Kennenlernen
- Kurze Besprechung (Berufserfahrung, Wünsche und Ziele, Deutschkenntnisse, aktuelle Situation)
- Klärung: (Was braucht die teilnehmende Person? Was können Inhalte des Coachings sein?)
- Klärung Maßnahmeablauf: Terminabsprache Einzel- und Gruppencoaching

Einzelcoaching Modul 1 und Modul 2

Das Einzelcoaching findet in vertrauensvoller Atmosphäre nach individueller Absprache einmal pro Woche verpflichtend statt. Es verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, der auch die persönliche Situation und das Umfeld der Teilnehmenden mit einbezieht. Der Auftragnehmer hat sich bei seinen Aktivitäten an dem individuellen Bedarf der einzelnen teilnehmenden Person zu orientieren. Das Coaching ist darauf ausgerichtet individuelle Vermittlungshemmnisse ganzheitlich abzubauen und die notwendigen Voraussetzungen für eine nachhaltige Perspektive und Integration in Arbeit oder Qualifizierung zu schaffen. So soll die Verfestigung von Hilfebedürftigkeit und die Verschlechterung von Beschäftigungschancen verhindert werden. Die aufsuchende Arbeit ist kontinuierlicher fester und grundlegender Bestandteil der Maßnahme und ermöglicht eine vertrauensvolle Beziehung sowie eine flexible und lebensweltorientierte Unterstützung. Eine Beratung in den Räumlichkeiten der teilnehmenden Person ist aufgrund Art. 13 Grundgesetz (GG) nur mit deren Einwilligung zulässig. Sowohl die Hausbesuche als auch das Aufsuchen im direkten Umfeld sind nicht im Sinne des § 6 Abs. 1 Satz 2 SGB II (Bekämpfung von Leistungsmissbrauch) zu verstehen. Sie dienen ausschließlich der Sicherstellung der tatsächlichen Teilnahme der entsprechenden erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person. Im Fokus stehen die Ressourcen der

Teilnehmenden, die so zu stärken sind, dass daraus eine realistische Berufswegplanung entsteht.

Das Einzelcoaching teilt sich in verschiedene Bausteine ein, die je nach individueller Situation der Teilnehmenden eine Orientierung bieten sollen und nicht zwingend voll umfänglich und in der nachfolgenden Reihenfolge durchgeführt werden müssen:

Baustein 1: Beziehungsaufbau und Aktivierung

Ziel ist der Aufbau einer tragfähigen Arbeitsbeziehung sowie die Förderung der aktiven Mitwirkung im Integrationsprozess.

- Kennenlernen und Vertrauensaufbau im individuellen Coaching
- Herstellung der Mitwirkungsbereitschaft
- Klärung von Erwartungshaltung und Veränderungsbereitschaft
- Stärkung der Motivation

Baustein 2: Standortbestimmung und Ressourcenklärung

Ziel ist die umfassende Analyse der individuellen Ausgangssituation sowie die Identifikation von Ressourcen und Hemmnissen.

- Persönliche Standortbestimmung
- Ressourcenanalyse
- Stärkenprofil
- Identifikation von Integrationshemmnissen und Lösungsstrategien
- Gesundheitsorientierung und Prävention

Baustein 3: Stabilisierung und Alltagsbewältigung

Ziel ist die Verbesserung der persönlichen Stabilität und Alltagsstruktur.

- Lebenspraktische Unterstützung
- Stabilisierung der Lebenssituation
- Förderung von Mobilität und Flexibilität
- Aufbau von Unterstützungsnetzwerken
- Kooperation mit sozialem und fachlichem Umfeld (mit Einverständnis)

Baustein 4: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ziel ist die Sicherstellung tragfähiger Rahmenbedingungen für eine Arbeitsaufnahme.

- Klärung der Kinderbetreuungssituation
- Lotsenfunktion Kinderbetreuung (Siehe Baustein 10)
- Beratung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Einbeziehung von Partner*innen und Bedarfsgemeinschaft sowie weitere Netzwerke für eine gemeinsamer Arbeits- und Betreuungsstrategie

Baustein 5: Berufliche Orientierung und Integration

Ziel ist die schrittweise Heranführung an den Arbeitsmarkt und die Aufnahme einer Beschäftigung.

- Klärung der beruflichen Vorstellungen
- Berufliche Orientierung und realistischer Einstieg (Wunsch vs. Realität)
- Festlegung von Teilzielen
- Aufzeigen von regionalen Arbeitsmarktchancen
- Entwicklung von Bewerbungs- und Selbstvermarktungsstrategien
- Lebenslauf erstellen
- Einleitung und Stärkung von Eigenbemühungen
- Informationen und Andockung an JC-Maßnahmen (z.B. jobaktiv, JobCafé etc.)
- Prüfung von Deutschförderbedarfen (z.B. Andockung an geeignete arbeitsmarktpolitische Angebote)

Baustein 6: Arbeitsrecht und Alltag

Ziel: Vermittlung grundlegender arbeitsrechtlicher Kenntnisse zur Stärkung der Orientierung, Handlungssicherheit und Selbstschutzzfähigkeiten im Beschäftigungsverhältnis.

- Rechte und Pflichten
- Vereinbarkeit Familie und Beruf
- Anlaufstellen

Baustein 7: Problemlösung und Stabilisierung

Stabilisierung von Beschäftigungsverhältnissen durch den Aufbau von Problemlösekompetenzen und den konstruktiven Umgang mit Belastungen im Arbeitsalltag.

- Umgang mit Konflikten am Arbeitsplatz
- Kritikfähigkeit
- Stressbewältigung und Umgang mit Überforderung
- Strategien zur Vermeidung von Abbrüchen
- Aktivierung und Nutzung von Unterstützungssystemen

Baustein 8: Nachbetreuung und Perspektive

Sicherung der Nachhaltigkeit von Integrationserfolgen sowie Entwicklung mittel- und langfristiger beruflicher Perspektiven.

- Reflexion des bisherigen Verlaufs
- Planung nächster Schritte
- Entwicklung beruflicher Perspektiven
- Beratung zu Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- Prüfung von Deutschförderbedarfen

Baustein 9: „Lotse Kinderbetreuung“

Unterstützung von Erziehenden bei der Sicherstellung einer tragfähigen Kinderbetreuung als zentrale Voraussetzung für die nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt.

- Individuelle Beratung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Information über regionale Betreuungsstrukturen
- Unterstützung bei der Suche, Auswahl und Inanspruchnahme geeigneter Kinderbetreuungsangebote
- Begleitung im Antrags- und Vermittlungsprozess
- Vorbereitung auf den Umgang mit Ausfällen der Kinderbetreuung
- Auch konkrete Möglichkeiten zur Berufserkundung in Form von Schnuppertagen, Praktika und das Aufbauen von Kontakten zu Arbeitgebenden sollen geschaffen werden

Gruppencoaching Modul 2

Auf der stabilen Grundlage des Einzelcoachings baut das Gruppenmodul auf. Das Gruppencoaching ergänzt das Einzelcoaching und bildet ein zentrales Fundament der Maßnahme. Die Inhalte sind nicht starr vorgegeben, sondern werden flexibel und bedarfsorientiert gestaltet. Grundlage für die inhaltliche Ausrichtung sind der individuelle und gruppenspezifische Förderbedarf der Teilnehmenden. Die Gruppenveranstaltungen können gemeinsam mit Kooperationspartnern und Akteuren aus dem Sozialraum gemacht werden. Dabei ist vorgesehen, dass spätestens nach vier Wochen Einzelcoaching geprüft wird, ob eine Einmündung in das Gruppencoaching erfolgen kann; die Einmündung soll grundsätzlich nach vier Wochen und spätestens innerhalb von drei Monaten nach Maßnahmebeginn umgesetzt werden.

Auch ohne feste Inhalte folgt jede Gruppenveranstaltung einem verbindlichen methodischen Rahmen:

- Klare Zielsetzung je Termin

- Aktivierende, praxisnahe Methoden
- Gendersensible und interkulturelle Moderation
- Handlungs- und erfahrungsorientiertes Lernen
- Reflexion und Transfer

Teilnehmende nehmen zweimal wöchentlich verpflichtend am Gruppenangebot teil. Das Gruppenangebot bietet in einem geschützten Rahmen vielfältige, niedrigschwellige Aktivitäten, die zur Zielsetzung der Maßnahme beitragen müssen. Dabei ist die Ausgestaltung des Gruppenangebots dem Auftragnehmer überlassen.

Im Rahmen der Gruppenangebote wird ein konsequent empowernder Ansatz verfolgt, der darauf abzielt die Selbstwirksamkeit und Eigenverantwortung der Teilnehmenden nachhaltig zu stärken. Das Gruppenangebot bietet einen geschützten Raum für Austausch, gegenseitige Unterstützung und das Lernen voneinander. So werden unterschiedliche Lebenslagen berücksichtigt und insbesondere Personen, die aufgrund struktureller oder individueller Herausforderungen benachteiligt sind, gestärkt.

Inhalte können u.a. sein:

- Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit
- Alltagshilfe (Haushaltsführung, Einkauf, Anträge stellen, Versicherungen...)
- Hauswirtschaftliche Themen
- Informationen zur Schulden- und Suchtprävention
- Spezielle Angebote für zugewanderte (allgemeine und berufsbezogene Deutschkompetenz)
- Informationen über die Grundlage gesunder Lebensführung und Gesundheitsprävention (Nutzung von und Information über Angebote im Rahmen des Programms „teamw()rk für Arbeit und Gesundheit“)
- Entwicklung von Selbstvermarktungsstrategien
- IT-/Medienkompetenz
- Vermittlung von Arbeitsmarkt- und Brancheninformationen
- Betriebsbesichtigungen / Besuch von Job-Messen
- Vorbereitung und Begleitung zum Übergang in betriebliche Erprobung, Arbeitsgelegenheiten, Maßnahme, Qualifizierung oder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
- Bewerbungstraining und Vorbereitung auf Vorstellungsgespräche

Mögliche Inhalte für Angebote, die in der Erziehungsverantwortung stehende Personen mit einbeziehen:

- Angebote zur Planung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide in der Erziehungsverantwortung stehende Personen
- Gemeinsame Workshops zur Organisation von Alltag, Betreuung und Arbeitszeiten
- Gemeinsame Übungen zur Kommunikation und Konfliktlösung im Umfeld von Arbeitsmarktaktivierung
- Reflexion traditioneller Rollenbilder und Aufgabenverteilung
- Sensibilisierung für Überforderung und Entlastungspotenziale

Einzelcoaching (begleitende Stabilisierung) Modul 3

Der Auftragnehmer hat bis zu drei Monaten nach Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, einer Ausbildung oder Qualifizierung (mit mind. 15 Stunden die Woche) den Teilnehmenden zu begleiten und durch Betreuung zur Stabilisierung beizutragen. Das Coaching dient der nachhaltigen Integration in den Arbeitsmarkt.

Ziel ist es, individuelle Herausforderungen zu erkennen, zu bearbeiten und die Beschäftigungsfähigkeit langfristig zu sichern.

Die Stabilisierung konzentriert sich insbesondere auf:

- Reflexion der neuen Situation (Unterstützung bei der Eingewöhnung, Analyse von Herausforderungen und Erfolgen, Entwicklung individueller Lösungsstrategien)
- Unterstützung Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Förderung von Selbstorganisation, Konfliktfähigkeit und Kommunikation
- Aufrechterhaltung der Motivation
- Unterstützung bei der Kommunikation mit Arbeitgebern
- Krisenintervention und -prävention
- Begleitung der beruflichen Weiterentwicklung

um Beschäftigungsabbrüche zu verhindern.

Die Termine können sowohl in den Räumlichkeiten des Auftragnehmers, aufsuchend, als auch im Betrieb erfolgen. Der Kontakt zum Betrieb setzt eine Zustimmung durch Teilnehmende voraus. Ort und Zeit der Coachings werden flexibel und individuell auf die Bedarfe und Möglichkeiten der Teilnehmenden abgestimmt, um eine optimale Unterstützung und Vereinbarkeit zu gewährleisten.

2 Rahmenbedingungen für die Maßnahmegestaltung und -durchführung

2.1 Maßnahmedauer

Die Maßnahme hat eine Gesamtlaufzeit von einem Jahr. Die Maßnahme startet zum 01.10.26. Bei entsprechendem Bedarf ist eine (1) Verlängerungsoption vorgesehen. Der Auftraggeber hat die Ausführung dieser Verlängerungsoptionen spätestens drei Monate vor Beendigung der beauftragten Maßnahme schriftlich bei dem Auftragnehmer abzurufen.

Die Verlängerungsoption ist wie folgt vorgesehen:

Option: 01.10.2027 – 30.09.2028

Ab Zeitpunkt der Auftragsvergabe muss eine Ansprechperson für die Maßnahme benannt und für den Auftraggeber erreichbar sein. Mit Beginn der Maßnahme ist eine telefonische und schriftliche Erreichbarkeit sicherzustellen. Ab zwei Wochen vor Maßnahmebeginn steht der Auftragnehmer zur Verfügung, um ggf. Informationstermine und -veranstaltungen anzubieten.

Schließungstage:

- Das Maßnahmeangebot ist während der gesamten Maßnahmelaufzeit mit Ausnahme der gesetzlichen Feiertage vorzuhalten.
- Vom 23.12.2026 bis zum 06.01.2027 (bei Optionsziehung: 24.12.2027 bis zum 08.01.2028) (Weihnachtsferien NRW) findet kein Angebot statt.
- Der 24. und 31. Dezember eines Jahres sind generell unterweisungsfrei.
- Eine Schließung aufgrund von „Betriebs-/Ferienzeiten“ ist nicht zulässig.

2.2 Zeitliche Angaben

Die individuelle Maßnahmedauer beträgt bis zu 12 Monate. Sie setzt sich aus drei aufeinanderfolgenden Modulen zusammen:

Modul 1 umfasst bis zu 3 Monate

Modul 2 umfasst bis zu 6 Monate und

Modul 3 umfasst bis zu 3 Monate.

Es ist ein laufender Einstieg in die Maßnahme möglich.

Die erste Kontaktaufnahme findet über ein **Aufnahme- bzw. Auftaktgespräch** statt. Es dauert **einmalig 1,5 Stunden**. Der Auftragnehmer bietet nach individueller Absprache mit den Teilnehmenden einmal pro Woche für jeweils **1,5 Stunden (+0,5 An- und Abfahrt) Einzelcoachings** (gilt für Modul 1,2 und 3) an.

Nach spätestens 4 Wochen erfolgt eine gemeinsame Abstimmung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer über die bisherige Entwicklung der Teilnehmenden, die Verweildauer im aktuellen Modul 1 sowie einen möglichen Übergang in das nächste Modul 2.

Der Auftragnehmer bietet für das Modul 2 **zweimal wöchentlich** eine Gruppenveranstaltung für jeweils **4 Stunden** (vormittags) an. Für die Teilnehmenden besteht eine Anwesenheitspflicht.

Nach Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, einer Berufsausbildung oder der Teilnahme an einer Qualifizierungsmaßnahme (jeweils mit einem Umfang von mindestens 15 Stunden pro Woche) wird das Einzelcoaching für einen Zeitraum von maximal drei Monaten (Modul 3) begleitend fortgeführt.

Die tatsächliche Verweildauer in den einzelnen Modulen sowie die Gesamtdauer der Teilnahme können individuell verkürzt werden, sofern die Entwicklung und der Förderbedarf der Teilnehmenden dies ermöglichen. Die Entscheidung über eine Verkürzung erfolgt in Abstimmung zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber.

Der Auftraggeber entscheidet in Abstimmung mit dem Auftragnehmer über den Ausschluss einzelner Teilnehmenden aus der Maßnahme bzw. den Abbruch. Dies gilt auch für Teilnehmende, die durch ihr Verhalten den Erfolg der Maßnahme gefährden oder deren Ablauf nachhaltig stören. Dies kann z. B. der Fall sein bei andauernder Nichteinhaltung der vereinbarten Termine oder bei Nichterreichung trotz verschiedenster Formen der Kontaktaufnahmeversuche. Ein Ausschluss bzw. Abbruch kann je nach entsprechend gültiger Gesetzgebung die Grundlage für eine Leistungsminderung sein.

Die Maßnahme endet

- Nach 6 Monaten Gruppenangebot, sofern kein Anschluss in Beschäftigung, Qualifizierung oder Ausbildung erreicht wurde
- Spätestens nach 12 Monaten
- Mit einer länger als sechs Wochen andauernden Arbeitsunfähigkeit
- Dem Abbruch der Maßnahme durch den Auftraggeber

2.3 Teilnehmendenzahl

Für den Regionalbereich Rheine stehen während der gesamten Laufzeit 12 Plätze zur Verfügung. Die Plätze können bei Ausscheiden eines Teilnehmenden nachbesetzt werden.

Der Auftraggeber sichert dem Auftragnehmer für die Vertragslaufzeit vom 01.10.2026 – 30.09.2027 die Mindestteilnehmerplatzzahl von 75% (garantierte Vergütung von 9 Plätzen) bezogen auf die Gesamtteilnehmerplatzzahl zu. Dies gilt auch im Falle einer nicht vollständigen Besetzung, sofern diese der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat. Im Falle einer vom Auftragnehmer zu vertretenden Unterbesetzung wird die Vergütung entsprechend gekürzt.

Der Auftraggeber behält sich vor, für den Optionszeitraum vom **01.10.2027 – 30.09.2028** eine Anpassung (Erhöhung oder Reduzierung um 20%) der Platzzahl vorzunehmen. Der Auftraggeber sichert auch hier dem Auftragnehmer die Mindestteilnehmerplatzzahl von 75% (garantierte Vergütung von 9 Plätzen) bezogen auf die Gesamtteilnehmerplatzzahl zu.

Es besteht die Möglichkeit der **Nachbesetzung** bei Ausscheiden von Teilnehmenden bis zum Erreichen der max. Platzzahl je Los.

Die Teilnehmenden werden ausschließlich durch die Mitarbeitenden der jobcenter Kreis Steinfurt AöR akquiriert und stammen aus dem Kreis der SGB II-Beziehenden des Kreises Steinfurt. Die Entscheidung über die Teilnahme obliegt stets der Arbeitsvermittlung. Der Träger darf keinen Teilnehmenden ablehnen. Eine Teilnahme ohne Zuweisung ist nicht zulässig.

2.4 Maßnahmeort

Der Maßnahmestandort muss in Rheine zentral gelegen sein. Zum einen ist dies der Arbeitsort für das einzusetzende Personal, von dem aus die Termin- und Einsatzkoordination des einzusetzenden Personals stattfindet. Zum anderen finden hier Gruppenangebote und Einzelcoachings statt. Die Standorte werden durch den Auftragnehmer bestimmt und sind spätestens 2 Wochen vor Maßnahmebeginn anzugeben.

Die zum Einsatz kommenden Räumlichkeiten des Auftragnehmers müssen zentral gelegen und für den Teilnehmenden in angemessener Zeit unabhängig von ihrem Wohnort mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein. Sie müssen am Gebäude so ausgeschildert sein, dass sie vom Teilnehmenden gut aufzufinden sind.

Der Auftragnehmer hat zwei Wochen vor Maßnahmebeginn geeignete Räumlichkeiten nachzuweisen und dies dem Auftraggeber schriftlich zukommen zulassen (Vordruck wird mit Zuschlagserteilung zur Verfügung gestellt). Eine Beeinträchtigung des Maßnahmeablaufs durch andere am Standort stattfindende Maßnahmen ist auszuschließen.

Eine Barrierefreiheit der Räumlichkeiten ist zwingend erforderlich. Barrierefreiheit ist unter Berücksichtigung vorhandener Behinderungen der Teilnehmenden zu gewährleisten. Dazu gehört die entsprechende Zugänglichkeit zu Räumlichkeiten; entsprechende Parkmöglichkeiten sind in unmittelbarer Nähe vorzuhalten.

Änderungen der Räumlichkeiten während der Vertragslaufzeit sind dem Auftraggeber unverzüglich und vor Durchführung der Maßnahme in den neuen Räumlichkeiten anzuzeigen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Räumlichkeiten zwei Wochen vor Vertragsbeginn zu besichtigen sowie diese während der Vertragslaufzeit zu den o.g. Geschäftszeiten auf Einhaltung der Anforderungen zu überprüfen. Bei Prüfungen der Maßnahme vor Ort, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber auf Verlangen den aktuellen Raumbelungsplan unverzüglich vorzulegen.

Der Auftraggeber behält sich vor, nach Ablauf einer von ihm zur Abhilfe gesetzten angemessenen Frist die Räumlichkeiten abzulehnen, sofern hinsichtlich der Eignung Bedenken bestehen. Gleiches gilt für einen Wechsel der Räumlichkeiten während der Vertragslaufzeit.

Der Maßnahmebeginnstermin bleibt für den Auftragnehmer in jedem Fall verbindlich.

2.4 Technische und räumliche Ausstattung der Maßnahme

Die Räumlichkeiten und deren Ausstattung haben ab Maßnahmebeginn dem Stand der Technik sowie den einschlägigen gesetzlichen Vorgaben zu entsprechen. Der bauliche Zustand, die Sauberkeit und Hygiene der Räumlichkeiten einschließlich der sanitären Einrichtungen müssen eine ordnungsgemäße Durchführung gewährleisten.

Für alle nachfolgenden räumlichen und ausstattungs-technischen Vorgaben gelten insbesondere folgende jeweils aktuelle Vorschriften/Empfehlungen:

- Arbeitsstättenverordnung in Verbindung mit den Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR)
- Vorschriften der zuständigen gesetzlichen Unfallversicherungen (Berufsgenossenschaften)
- Brandschutzbestimmungen

Für Zeiten beim Auftragnehmer ist dieser zudem im Sinne des Arbeitsschutzes den Teilnehmenden gegenüber verantwortlich für sichere Arbeitsumgebungen, Arbeitsmittel und Arbeitsbedingungen. Neben den Regelungen der Unfallversicherungen sind daher die entsprechenden gesetzlichen Regelungen zum Arbeitsschutz zu beachten.

Für die Maßnahme „Comeback Beruf – Kleine Kinder, Große Chancen“ sind folgende Räumlichkeiten an jedem Standort vorzuhalten:

- **Besprechungsräume für das Einzelcoaching:** Die Ausgestaltung der Räume hat den persönlichen Datenschutz zu gewährleisten sowie eine vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre zu schaffen. Die Größe des Raumes ist so zu bemessen, dass mindestens vier Personen ausreichend Platz haben.
- **Unterrichtsräume für die Gruppenangebote:** Räume, in denen Gruppenangebote durchgeführt werden. Sie verfügen über eine zeitgemäße Ausstattung. Es sind geeignete **Medien** (insbesondere Beamer, Flipchart oder Wandtafel) zur Unterstützung der zu vermittelnden Inhalte vorzuhalten und einzusetzen. Diese müssen einen engen Bezug zur jeweiligen Zielsetzung der Maßnahme haben, die Lernfähigkeit der Teilnehmenden angemessen berücksichtigen und eine angenehme Lernatmosphäre schaffen.
- **Büro für die Mitarbeitenden:** mindestens ein Büro für die sozialpädagogischen Fachkräfte pro Standort, das alternativ als zusätzlicher Besprechungsraum genutzt werden kann

Zusätzlich müssen PC-Arbeitsplätze an jedem Standort für die Teilnehmenden zur Verfügung stehen. Diese müssen dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Eine Vorgabe bzgl. der Anzahl wird nicht gemacht, da aufgrund des Charakters der Maßnahme kein Gruppenangebot an PC-Arbeitsplätzen geplant ist.

Es ist sicher zu stellen, dass Teilnehmende die erarbeiteten Aufgaben, Texte, Bewerbungsunterlagen u. ä. erforderlichenfalls in Farbe ausdrucken können und diese ihnen nach Beendigung der Maßnahme zur Verfügung stehen.

Es ist vom Auftragnehmer ein internetfähiges Mobiltelefon vorzuhalten, welches zur zeitgemäßen Kommunikation mit den Teilnehmenden verwendet werden kann, wenn die Teilnehmenden selbst über ein eigenes Mobiltelefon verfügen und damit einverstanden sind. Hierzu ist vom Auftragnehmer eine den Vorgaben der DSGVO entsprechenden Messenger-App auszuwählen. Sollte die Anschaffung der App bei den Teilnehmenden mit Kosten verbunden sein, sind diese Kosten den Teilnehmenden durch den Auftraggeber zu ersetzen.

Ferner sind in den Räumen ebenfalls Festnetztelefone für Mitarbeitende oder Teilnehmende nach vorheriger Nutzungsfreigabe sowie Kopier- und Scanmöglichkeiten vorzuhalten. Die telefonische Erreichbarkeit muss über die Festnetztelefone gewährleistet sein, sofern z. B. wegen Einzelgesprächen das Telefon nicht bedient werden kann, ist eine kostenfreie Mailbox, Anrufbeantworter o. ä. vorzuhalten.

In diesem Zusammenhang ist der Auftragnehmer verpflichtet, die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Vorschriften zum Sozialdatenschutz und der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) einzuhalten.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die von ihm angebotenen Räumlichkeiten inklusive Ausstattung während der gesamten Dauer der Maßnahme vorzuhalten. Dem Auftragnehmer wird die Möglichkeit eingeräumt, die Räumlichkeiten außerhalb der Maßnahme für andere

Zwecke zu nutzen. Eine anderweitige Nutzung darf keine Auswirkung auf die Vertragserfüllung haben.

2.5 Anforderungen an das eingesetzte Personal

Eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg dieser Maßnahme ist fachlich qualifiziertes und erfahrenes Personal. Der Personaleinsatz muss quantitativ und qualitativ den Anforderungen der Leistungsbeschreibung entsprechen. Die Arbeitsbedingungen des Personals unterliegen den arbeitsrechtlichen Anforderungen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Anforderungen zu überprüfen und die Einsicht in Arbeitsverträge, Qualifikationsnachweise und Zeugnisse vorzunehmen.

Bei der Auswahl des Personals muss insbesondere auf personelle, soziale und interkulturelle Kompetenzen (z. B. Motivationsfähigkeit, Kontaktfreude, Kreativität und Teamfähigkeit) geachtet werden. Das eingesetzte Personal muss über Empathie gegenüber der Zielgruppe sowie Kenntnisse über die besonderen Lebenslagen, Herausforderungen und Bedarfe von Erziehenden verfügen.

In der Maßnahme kommen **sozialpädagogische Fachkräfte** zum Einsatz. Darüber hinaus sind Personalkapazitäten für administrative Aufgaben (z. B. Teilnehmerverwaltung, Fahrkostenerstattung) vorzuhalten.

Der Personalschlüssel liegt bei 1:12

Die Stellenanteile müssen einen Beschäftigungsumfang von mindestens 0,5 vorsehen.

Dabei entspricht der Wert „1“ einem Volumen von wöchentlich 39 Zeitstunden. Zeiten für Dokumentationen usw. sind inklusive.

Die **sozialpädagogische Fachkraft** muss ein abgeschlossenes Studium der Sozialpädagogik/-arbeit bzw. sozialen Arbeit, Heil-, oder Rehabilitations- oder Sonderpädagogik (Diplom, Bachelor oder Master) vorweisen. Weitere Studienabschlüsse (Diplom, Bachelor, Master oder Magister Artium) mit den Ergänzungsfächern bzw. Studienschwerpunkten (Sozial-/Heil-) Pädagogik/Sozialarbeit oder Rehabilitations-, Sonderpädagogik oder Jugendhilfe werden ebenfalls zugelassen.

Pädagogen ohne die genannten Ergänzungsfächer bzw. Studienschwerpunkte müssen diese innerhalb der letzten fünf Jahre mindestens eine einjährige Berufserfahrung mit der Zielgruppe nachweisen. Ein Studium gilt als abgeschlossen, wenn der Erwerb der Berufsbefähigung (z.B. staatliche Anerkennung) vorliegt.

Ersatzweise werden auch Personen aus staatlich anerkannten Erziehungsberufen, wie z.B. aus der Jugend-/Heimerziehung, der Heilerziehungspflege jeweils mit einschlägiger Zusatzqualifikation und staatlich anerkannte Arbeitserzieher zugelassen, soweit diese mindestens eine dreijährige berufliche Erfahrung mit der Zielgruppe innerhalb der letzten fünf Jahre nachweisen.

Zusatzqualifikationen werden als einschlägig anerkannt, wenn sie insgesamt mindestens 640 Unterrichtsstunden (à 45 Minuten) umfassen und insbesondere folgende Aspekte beinhalten:

- Sozialpädagogik als ein Arbeitsfeld der Pädagogik,
- Grundlagen Psychologie,
- Praxis- und Methodenlehre der Sozialpädagogik,
- Förderpädagogik,
- Kommunikation und Gesprächsführung,

- Medienpädagogik

Eine einschlägige Zusatzqualifikation ist nicht erforderlich, wenn innerhalb der letzten drei Jahre vor Einsatz in der Maßnahme mindestens vier Monate in der Funktion des Sozialpädagogen im Bereich der Arbeitsmarktdienstleistungen ausgeübt wurden.

Zeiten während einer Berufsausbildung und eines Studiums gelten nicht als Berufserfahrung. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass das eingesetzte Personal über den für die Durchführung der Maßnahme erforderlichen aktuellen fachlichen und pädagogischen Wissensstand verfügt.

Grundkenntnisse über das SGB II und SGB III, insbesondere über arbeitsmarktpolitische Instrumente, werden vorausgesetzt. Zudem sind Kenntnisse der Anforderungen in den Berufen und am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt unabdingbar.

Der Auftragnehmer hat grundsätzlich durchgängig für die gesamte Vertragslaufzeit festangestelltes Personal einzusetzen. Fest angestellt bedeutet, dass die zwischen dem Auftragnehmer und seinen Mitarbeitenden geschlossenen Arbeitsverträge nicht einen geringeren Zeitraum als die vorgesehene Vertragslaufzeit umfassen dürfen. Minijobs im Sinne § 8 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV) gehören nicht zum fest angestellten Personal.

Eine Vertretungsregelung im Urlaubs- oder Krankheitsfall ist vom Auftragnehmer sicherzustellen. Die Vertretungskräfte dürfen nicht zum pflichtigen Mindestpersonal anderer aus öffentlichen Mitteln geförderter Maßnahmen gehören. (Beispiel: Eine Sozialarbeiterin, die bereits mit einem 0,75 Stellenanteil in einer anderen aus öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahme eingesetzt ist, könnte im o.g. Projekt max. 0,25 Stellenanteil als Krankheitsvertretung übernehmen). Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber auf Verlangen einen aktuellen Personaleinsatzplan unverzüglich vorzulegen. Für die rechtliche Zulässigkeit (ggf. durch Einholen einer Einwilligung des eingesetzten Personals und/oder der Beteiligung der Personalvertretung) hat der Auftragnehmer zu sorgen.

Der Nachweis des Personals (inkl. der Vertretung) sowie entsprechende Nachweise zu Einsatzbereich, Stellenanteil und Qualifikation hat nach Zuschlagserteilung, spätestens zwei Wochen vor Beginn der Maßnahme, gegenüber dem Auftraggeber zu erfolgen (Vordruck wird mit Zuschlagserteilung zur Verfügung gestellt). Dies gilt ebenfalls für Einsatzpläne mit Angaben zur Fachkraft und Einsatzzeiten in der Maßnahme.

Bei Personaländerungen während der Vertragslaufzeit hat der Nachweis des Personals durch den Auftragnehmer unverzüglich und vor Einsatz des Personals in der Maßnahme zu erfolgen.

Der Auftragnehmer versichert, dass das gemeldete Personal quantitativ und qualitativ den Anforderungen der Leistungsbeschreibung entspricht.

In der Maßnahme dürfen nur solche Personen zum Einsatz kommen, die nicht rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 174 bis 180 oder 182 Strafgesetzbuch verurteilt worden sind. Zu diesem Zweck hat der Auftragnehmer sich vor Einsatz in der Maßnahme von allen in der Maßnahme eingesetzten Mitarbeitenden ein Führungszeugnis nach § 30 Absatz 1 Bundeszentralregistergesetz vorlegen zu lassen. Dieses darf zum Zeitpunkt der Tätigkeitsaufnahme für den Auftraggeber nicht älter sein als drei Monate. Die Einsichtnahme ist - mit Einwilligung der Mitarbeiterin/des Mitarbeiters nach Art. 6 und 7 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) - vom Auftragnehmer mit den Angaben zur Person der Mitarbeitenden (Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort und Meldeadresse), dem Datum der Einsichtnahme, dem Ausstellungszeitpunkt des Führungszeugnisses und der Feststellung zum Nichtvorliegen der o. g. Straftaten zu dokumentieren und auf Verlangen dem

Auftraggeber, sowie dem Prüfdienst für Arbeitsmarktdienstleistungen vorzulegen. Für die Einholung der Einwilligung der Mitarbeiterin/des Mitarbeiters hat der Auftragnehmer zu sorgen.

Der Auftraggeber behält sich vor, während der Vertragslaufzeit jederzeit ohne Vorankündigung die Einhaltung der Anforderungen zu überprüfen und Einsicht in Arbeitsverträge, Qualifikationsnachweise und Zeugnisse zu nehmen. Ferner behält sich der Auftraggeber vor, den Einsatz von Personal abzulehnen, sofern Bedenken hinsichtlich der Eignung bestehen. Dies gilt auch für einen Personalwechsel während der Maßnahmelaufzeit.

2.6 Qualitätsmanagement und Berichtswesen

Der Auftragnehmer führt eine monatliche Anwesenheitsliste über das vom Auftraggeber genutzte Fachverfahren, diese wird von dem Auftraggeber monatlich zur Abrechnung herangezogen. Der Zugang zum Fachverfahren und der Support zur Nutzung werden durch den Auftraggeber bereitgestellt.

Weitere notwendige Software zur Erfüllung dieses Vertrages – insbesondere Microsoft Office – stellt der Auftraggeber nicht zur Verfügung. Hierfür, und auch für das Vorhalten ausreichender Lizenzen, ist der Auftragnehmer verantwortlich.

Der Auftraggeber ist an dem Tag, an dem der erste Kontakt vorgesehen ist, über die Erreichbarkeit/Nichterreichbarkeit zu informieren. Weiter ist der Auftraggeber unverzüglich zu informieren, wenn das Erreichen des Maßnahmeziels gefährdet ist. Davon ist auszugehen, wenn auch bei Nutzung aller zur Verfügung stehenden Möglichkeiten kein Kontakt zum Teilnehmenden hergestellt werden kann. Vor einem Verweis aus der Maßnahme ist mindestens eine Abmahnung vorzunehmen.

Für die erfolgreiche Durchführung der Maßnahme ist der Maßnahmeverlauf für jeden Teilnehmenden zu dokumentieren. Der Träger wird aufgefordert eine adäquate Dokumentationsvorlage für einen individuellen Coachingplan dem Angebot beizufügen.

Dieser ist vom Auftraggeber für jeden Teilnehmenden fortlaufend zu führen und dient der Dokumentation der Arbeit des Trägers mit dem Teilnehmenden. Er umfasst Zielvereinbarungen und entsprechende Zielüberprüfungen in der Maßnahme sowie die Beschreibung des individuellen Verlaufs der Maßnahme.

Darüber hinaus wird ein kontinuierlicher Austausch (telefonisch oder per Mail) über den Maßnahmeverlauf mit der zuständigen Arbeitsvermittlung vorausgesetzt.

Der individuelle Coachingplan ist alle drei Monate an die zuständigen Arbeitsvermittlungen zu übermitteln. Außerdem muss der Auftragnehmer bis spätestens 7 Tage nach Beendigung der Maßnahme einen Gesamtbericht (Vordruck wird mit Zuschlagserteilung zur Verfügung gestellt) beim Auftraggeber einzureichen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Vorschriften zum Sozialdatenschutz und der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) einzuhalten.

Die Teilnehmenden sind darüber zu informieren, dass für die Arbeitsvermittlung oder die Gewährung von Leistungen notwendige Mitteilungen im erforderlichen Umfang an den Auftraggeber weitergeleitet werden. Den Teilnehmenden ist - auf deren Verlangen - Einsicht in alle sie betreffenden Unterlagen zu gewähren.

Bei der Erhebung von persönlichen und berufsrelevanten Daten zur Feststellung der Eignung hat jeder Teilnehmende Anspruch darauf, dass diese Daten ausschließlich in Einzelgesprächen erhoben werden.

2.7 Regionale Vernetzung und Arbeitsmarktkennntnis

Ziel ist es, unter Einbeziehung aller regional maßgeblichen Akteure den Abbau von Vermittlungshemmnissen sowie die Heranführung und Eingliederung in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem zu erreichen. Zudem bedarf es für die Umsetzung des Maßnahmekonzeptes der Kooperation und damit eines regional abgestimmten Handelns.

Der Auftragnehmer muss sich deshalb zwingend mit den Gegebenheiten und Strukturen des regionalen Arbeits- und Ausbildungsmarktes und den Förderinstrumenten für die Zielgruppe auskennen und sich mit den entsprechenden Netzwerkpartnern abstimmen. Ferner muss der Auftragnehmer mit örtlichen Einrichtungen, Betrieben und sonstigen Netzwerkpartnern, die für die Durchführung der Maßnahme von Bedeutung sein können, vernetzt sein. Sofern eine Verankerung und Vernetzung nicht besteht, hat er diese rechtzeitig bis zum Beginn der Maßnahme aufzubauen und kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Kooperationsstrukturen mit Netzwerkpartnern, die für die teilnehmende Person bereits bestehen, sind im Sinne eines ganzheitlichen Unterstützungsansatzes fortzuführen.

2.8 Vergütung

Sämtliche zur Durchführung der Maßnahme notwendigen Aufwendungen sind im Maßnahmepreis enthalten. Abgerechnet wird die besetzte Teilnehmendenzahl, mindestens die vereinbarte Mindestvergütung.

Für Ersatzteilnehmende wird im ersten Abrechnungsmonat keine weitere Vergütung gewährt, wenn diese bereits für den ausgeschiedenen Teilnehmenden gezahlt wurde.

Der Auftragnehmer hat deshalb diese Aufwendungen in den Gesamtpreis einzukalkulieren. Die entstehenden Kosten werden mit dem Auftraggeber monatlich nach Vorlage der Anwesenheitsstunden pro Teilnehmenden abgerechnet. Aufwendungen im Rahmen dieser Maßnahme sind insbesondere:

- Maßnahmekosten (einschließlich Lern- und Arbeitsmittel)
- Notwendige Kosten für Maßnahmeteile, die bei einem Arbeitgeber durchgeführt werden (z.B. Arbeitsschutzbekleidung, Fahrtkosten)
- Kosten für den Teilnehmenden, die im Rahmen der Leistungserbringung (Konzept) entstehen und vom Auftragnehmer veranlasst werden, z. B. Leistungen zur Unterstützung der Eigenbemühungen des Teilnehmenden wie Bewerbungskosten, Reisekosten für Vorstellungsgespräche, Fahrtkosten zu Netzwerkpartnern. Diese sind vom Auftragnehmer im Rahmen seiner Leistungserbringung zu übernehmen. Der Auftragnehmer hat den Teilnehmenden bei Maßnahmebeginn darauf hinzuweisen, dass diese Kosten vor ihrer Entstehung mit ihm abzustimmen sind.
- Fahrkosten der Teilnehmenden zum Maßnahmeort
- Fahrkosten des eingesetzten Personals
- Telefon- und Internetkosten
- Personalkapazitäten für administrative Aufgaben (z.B. die Verwaltung der Teilnehmenden)
- Absicherung (Versicherung) gegen Schäden (außer grober Fahrlässigkeit und Vorsatz), die die Teilnehmenden während der Maßnahmedauer verursachen.
- Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung

Erfolgsabhängige Vergütung (Vermittlungsbonus)

Ergänzend zur Grundvergütung wird bei erfolgreicher Vermittlung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (mindestens 15 Wochenstunden) oder bei Aufnahme einer Ausbildung eine Zusatzvergütung in Höhe von **500 Euro** vereinbart. Die Auszahlung der erfolgsabhängigen Vergütung erfolgt, sofern Teilnehmende mindestens sechs Monate in Arbeit oder Ausbildung integriert sind.

Die Vermittlung muss während der Maßnahme oder unmittelbar am Maßnahmeende erfolgen. Der Vermittlungsbonus stellt eine freiwillige Zusatzleistung dar und ist nicht Bestandteil der Grundvergütung. Die Durchführung der Maßnahme und die individuelle Förderung der Teilnehmenden erfolgen unabhängig vom Vermittlungserfolg.

Die Auszahlung des Vermittlungsbonus erfolgt ausschließlich nach Vorlage geeigneter Nachweise (z.B. Arbeits- oder Ausbildungsvertrag) und nach Zustimmung des Jobcenters.

Rechnungslegung

- (1) Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber monatlich nachträglich alle zur Abrechnung fälligen Forderungen bis zum Ende des Folgemonats in Rechnung.
- (2) Der Zahlungsanspruch ist 15 Tage nach Vorlage einer prüfbaren Rechnung fällig.
- (3) Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen kann sich die/der Auftragnehmer nicht auf den Wegfall der Bereicherung berufen.
- (4) Die Zahlung erfolgt im Überweisungsverkehr auf ein vom Auftragnehmer schriftlich zu benennendes Konto.
- (5) Die Abtretung von Forderungen an Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.
- (6) Im Falle der vorzeitigen Vertragsbeendigung steht dem Auftragnehmer die Vergütung nur anteilig für bis dahin ordnungsgemäß erbrachte Leistungen zu. Soweit nach Satz 1 kein Vergütungsanspruch besteht, ist diese an den Auftraggeber zu erstatten. Der Rückerstattungsanspruch ist innerhalb von 5 Werktagen fällig.
- (7) Die Rechnungsstellung hat im Namen der Bietergemeinschaft zu erfolgen und ist vom Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft zu unterschreiben.

Vertragsstrafe

- (1) Bei schuldhafter Überschreitung der Vertragsfrist hat der Auftragnehmer für jede vollendete Woche einen Betrag in Höhe von 0,5 % vom Wert desjenigen Teils der Leistung zu zahlen, der nicht genutzt werden kann. Der Betrag ist sofort fällig.
- (2) Mit Überschreiten der festgesetzten Fristen gerät der Auftragnehmer in Verzug, ohne dass es einer Mahnung bedarf.
- (3) Die Geltendmachung weiterer Ansprüche wegen schuldhafter Überschreitung von Vertragsfristen bleibt unberührt. Die Vertragsstrafe wird jedoch auf Schadensersatzansprüche wegen des gleichen Vertragsverstoßes angerechnet.
- (4) Eine verwirkte Vertragsstrafe kann bis zur letzten monatlichen Rate geltend gemacht werden. Vertragsstrafen für Zwischentermine können bei zwischenzeitlichen monatlichen Ratenzahlungen geltend gemacht werden.
- (5) Die Vertragsstrafe gilt auch für während der Leistungsausführung neu vereinbarte Vertragstermine.
- (6) Der Auftraggeber ist berechtigt, aus diesem Vertrag resultierende Forderungen gegen Forderungen des Auftragnehmers, gleich aus welchem Rechtsgrund, aufzurechnen. Im Falle der Aufrechnung wird der Auftragnehmer hiervon schriftlich benachrichtigt

Pflichtverletzung durch den Auftragnehmer

- (1) Verstößt der Auftragnehmer, gleich aus welchen Gründen, schuldhaft gegen seine Pflichten aufgrund der Leistungsbeschreibung oder erfüllt er diese nicht in gehöriger, insbesondere branchenüblicher Weise auch nach Setzung einer angemessenen Frist,

so kann der Auftraggeber für jede Pflichtverletzung die Vergütung unter Berücksichtigung der begangenen Pflichtverletzung angemessen herabsetzen

Eine erhebliche Pflichtverletzung ist beispielsweise:

- die Nichtvorhaltung von Personal im geforderten Umfang,
- die fehlende fachliche Qualifikation des eingesetzten Personals entsprechend den Anforderungen in der Leistungsbeschreibung,
- schwerwiegende Mängel bei der sächlichen oder technischen Ausstattung der Räumlichkeiten,
- das Fehlen von Räumlichkeiten,
- die Nichterreichbarkeit der Räumlichkeiten des Auftragnehmers mit öffentlichen Verkehrsmitteln,
- das Nichtführen des Coachingplans oder eine vergleichbare fehlende bzw. mangelhafte Dokumentation,
- die fehlende Trennung der Sozialdaten der Teilnehmenden von denjenigen des Auftragnehmers oder ähnlich schwerwiegende Verstöße gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen nach § 11,
- die fehlende auftragsbezogene Zusammenarbeit mit Akteuren des regionalen Arbeitsmarktes (oder ähnlich gravierende Abweichungen vom Angebotskonzept des Auftragnehmers),
- die Durchführung der Maßnahme an einem anderen, als dem im Vordruck Raummeldung angegebenen Ort,
- der Verstoß gegen die jeweils geltenden Mindestentgelt-Regelungen auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) und alle weiteren aus dem AEntG folgenden Pflichten eines Arbeitgebers zur Gewährung von Arbeitsbedingungen.

- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, aus diesem Vertrag resultierende Forderungen gegen Forderungen des Auftragnehmers, gleich aus welchem Rechtsgrund, aufzurechnen. Im Falle der Aufrechnung wird der Auftragnehmer hiervon schriftlich benachrichtigt.

Kündigungsrechte des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber ist berechtigt, im Falle der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten durch den Auftragnehmer oder aus sonstigem wichtigen Grund den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist ganz oder teilweise schriftlich zu kündigen.
Als Kündigungsgründe gelten hierbei insbesondere:
- eine schwerwiegende Verletzung einer Bestimmung dieser Leistungsbeschreibung,
 - wenn vom Auftragnehmer die zur Maßnahmedurchführung erforderliche Trägerzulassung nicht mit einem gültigen Zertifikat nachgewiesen werden kann,
 - ein schwerwiegender Verstoß gegen die jeweils geltenden Mindestentgelt-Regelungen auf der Grundlage des AEntG und alle weiteren aus dem AEntG folgenden Pflichten eines Arbeitgebers zur Gewährung von Arbeitsbedingungen.
- (2) Für den Fall, dass der Auftragnehmer trotz Mahnung seinen vertraglichen Pflichten innerhalb angemessener Frist nicht nachkommt, kann der Auftraggeber diesen Vertrag ebenfalls mit sofortiger Wirkung ganz oder teilweise schriftlich kündigen.
- (3) Ändern sich die für die Maßnahme maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen, kann der Auftraggeber mit einer Frist von sechs Wochen zu dem Inkrafttreten der Rechtsänderung folgenden Quartalsende diesen Vertrag schriftlich kündigen
- (4) Für den Fall, dass über das Vermögen des Auftragnehmers ein Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist, ist der Auftraggeber zur außerordentlichen fristlosen Kündigung dieses Vertrages berechtigt.

Rücktritt und Antikorruptionsklausel

- (1) Ausschlussgründe im Sinne von § 31 UVgO berechtigen den Auftraggeber zum Rücktritt vom Vertrag. Diese sind:
 - a) die Unzuverlässigkeit von Unternehmen wegen einer nachweislichen schweren Verfehlung (z.B. Vorteilsgewährung § 333 StGB, Bestechung § 334 StGB) oder ähnlichen Handlungen außerhalb korrekter geschäftlicher Gepflogenheiten,
 - b) die nicht ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung,
 - c) die Abgabe von unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf die Eignung im Vergabeverfahren.
- (2) Ein Ausschlussgrund nach Abs. 1 ist auch die Abgabe von Angeboten, die auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB beruhen, die Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), insbesondere eine Vereinbarung mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben) und über die Festlegung von Preisempfehlungen.
- (3) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber alle Schäden zu ersetzen, die dem Auftraggeber unmittelbar oder mittelbar durch den Rücktritt vom Vertrag entstehen. Sofern der Auftraggeber keinen höheren Schaden nachweist, hat der Auftragnehmer an den Auftraggeber eine Schadensersatzpauschale in Höhe von 5 % des Auftragswertes dieses Vertrages zu bezahlen. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass der Schaden tatsächlich niedriger ist. Erbringt der Auftragnehmer diesen Nachweis, so braucht er nur den nachgewiesenen niedrigeren Schaden zu bezahlen.
- (4) Über die verwirkte Vertragsstrafe hinausgehende Schadenersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Steht dem Auftraggeber ein Schadenersatzanspruch zu, wird eine aus demselben Grund verwirkte Vertragsstrafe auf den Schadenersatzanspruch angerechnet.

Beauftragung von Subunternehmern

- (1) Im Falle der Beauftragung von Subunternehmern hat der Auftragnehmer
 - a) bei der Übertragung von Teilen der Leistung (Unterauftrag) nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu verfahren,
 - b) dem Subunternehmer auf sein Verlangen hin den Auftraggeber zu benennen,
 - c) den Subunternehmer auf die Einhaltung der sich aus dem Vertrag ergebenden Pflichten, insbesondere auf die Einhaltung der Regelungen zum Datenschutz und zum Informations- und Prüfrecht hinzuweisen und sicherzustellen, dass der Subunternehmer diese Bestimmungen in gleicher Weise einhält wie der Auftragnehmer selbst,
 - d) dem Subunternehmer insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen - insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen - einzuräumen, als sie zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbart sind,
 - e) bei der Einholung von Angeboten regelmäßig kleine und mittlere Unternehmen angemessen zu beteiligen.
- (2) Eine Übertragung von Leistungen auf nicht bereits bei Zuschlagserteilung genehmigte Subunternehmer ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Die schriftliche Zustimmung ist vom Auftragnehmer beim zuständigen Regionalen Einkaufszentrum einzuholen.
- (3) Bei der Einschaltung von Subunternehmen haftet der Auftragnehmer für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Auftrages. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich über den Ausfall eines Subunternehmers zu informieren.

Beteiligung Dritter am Vertragsverhältnis

- (1) Die Leistung kann auch durch andere Kostenträger genutzt werden, jedoch nur dann, wenn der Auftraggeber sowie der andere Kostenträger hierüber vor Zuweisung Einvernehmen (auch über die Abrechnungsmodalitäten) erzielt haben. Der Auftragnehmer erteilt hierzu bereits jetzt unwiderruflich seine Zustimmung.
- (2) Nutzt der andere Kostenträger die Leistung gemäß Abs. 1, hat die Abrechnung der Leistung einschließlich etwaiger sonstiger im Zusammenhang mit der Zuweisung entstehenden Kosten direkt zwischen Auftragnehmer und dem jeweiligen Kostenträger zu erfolgen, sofern der Auftraggeber mit dem anderen Kostenträger nichts Anderes vereinbart.
- (3) Im Falle der Nutzung durch andere Kostenträger gemäß Abs. 1 sind ausschließlich die jeweiligen Kostenträger für die von ihnen zu erbringenden Leistungen und Pflichten zuständig, verantwortlich und somit haftbar. Eine gesamtschuldnerische Haftung zwischen Auftraggeber und dem jeweiligen Kostenträger ist ausgeschlossen.

Erfüllungsort und Gerichtsstand

- (1) Erfüllungsort ist der jeweils vereinbarte Maßnahmeort.
- (2) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Steinfurt.
- (3) Es gilt deutsches Recht.
- (4) Jegliche Kommunikation schriftlich, wie auch mündlich, findet in deutscher Sprache statt.

§ 4 Nr. 15b Umsatzsteuergesetz (UStG)

Die Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung von Arbeitsmarktdienstleistungen nach dem SGB II und SGB III regelt § 4 Nr. 15b UStG. Umsatzsteuerfrei sind danach, „Eingliederungsleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, Leistungen der aktiven Arbeitsförderung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch und vergleichbare Leistungen, die von Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder anderen Einrichtungen mit sozialem Charakter erbracht werden. Andere Einrichtungen mit sozialem Charakter im Sinne dieser Vorschrift sind Einrichtungen,

- a) die nach § 178 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch zugelassen sind,
 - b) die für ihre Leistungen nach Satz 1 Verträge mit den gesetzlichen Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch geschlossen haben oder
 - c) die für Leistungen, die denen nach Satz 1 vergleichbar sind, Verträge mit juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die diese Leistungen mit dem Ziel der Eingliederung in den Arbeitsmarkt durchführen, geschlossen haben.“
- (§ 4 Nr. 15b UStG in der Fassung vom 18.07.2017)

§ 4 Nr. 21 Buchst. a UStG

Abschnitt 4.21.2 Abs. 3 des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses (UStAE) vom 01.10.2010 (BStBl I S. 846) in der konsolidierten Fassung (Stand 17.09.2025) führt zu den Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung gemäß § 4 Nr. 21 Buchst. a des UStG aus:
„1Die Vorbereitung auf einen Beruf umfasst die berufliche Ausbildung, die berufliche Fortbildung und die berufliche Umschulung; die Dauer der jeweiligen Maßnahme ist unerheblich (vgl. Artikel 44 MwStVO). 2Dies sind unter anderem Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung im Sinne von § 45 SGB III mit Ausnahme von § 45 Abs. 4 Satz 3 Nr. 2 und Abs. 7 SGB III, Weiterbildungsmaßnahmen entsprechend den Anforderungen der §§ 179, 180 SGB III, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (einschließlich der Berufsvorbereitung und der blindentechnischen und vergleichbaren speziellen Grundausbildung zur beruflichen Eingliederung von Menschen mit Behinderung) im Sinne von

§ 112 SGB III sowie berufsvorbereitende, berufsbegleitende bzw. außerbetriebliche Maßnahmen nach §§ 48, 130 SGB III, §§ 51, 53 SGB III, §§ 75, 76 SGB III bzw. § 49 SGB III, die von der BA und – über § 16 SGB II – den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach §§ 6, 6a SGB II gefördert werden. 3Mit ihrer Durchführung beauftragen die BA und die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach §§ 6, 6a SGB II in manchen Fällen gewerbliche Unternehmen oder andere Einrichtungen, z. B. Berufsverbände, Kammern, Schulen, anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen, die über geeignete Ausbildungsstätten verfügen. 4Es ist davon auszugehen, dass die genannten Unternehmen und andere Einrichtungen die von der BA und den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach §§ 6, 6a SGB II geförderten Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen im Rahmen einer berufsbildenden Einrichtung im Sinne des § 4 Nr. 21 Buchstabe a UStG erbringen.

Für die aufgeführten Maßnahmen wird, sofern sie Gegenstand dieser Leistungsbeschreibung sind, bestätigt, dass sie die zu bescheinigenden Voraussetzungen gemäß § 4 Nr. 21 Buchst. a Doppelbuchst. bb UStG erfüllen. Sie bereiten auf einen Beruf oder eine vor einer juristischen Person des öffentlichen Rechts abzulegende Prüfung ordnungsgemäß vor. Diese Bestätigung tritt im Rahmen des vereinfachten Verfahrens an die Stelle der Bescheinigung der zuständigen Landesbehörde.

Das in Abschnitt 4.21.5 Abs. 5 UStAE geregelte vereinfachte Verfahren ist nur zulässig, wenn die für die Erteilung der Bescheinigung zuständige Landesbehörde sich mit der Anerkennung einverstanden erklärt hat und von der BA bzw. dem Jobcenter hierauf in der Bestätigung hingewiesen wird. Bei Beginn des Vergabeverfahrens konnten Einverständniserklärungen – generell für die vom Abschnitt 4.21.2 Abs. 3 S. 2 UStAE erfassten Maßnahmen – für alle Bundesländer berücksichtigt werden.

Unfallversicherung

Die Unfallversicherung für die zugewiesenen Teilnehmenden hat durch den Auftragnehmer zu erfolgen. Es gelten die Vorschriften des SGB VII. Die Zuständigkeit für die Unfallversicherung gilt für die gesamte Maßnahme, dies schließt betriebliche Erprobungen ein. Sämtliche Kosten, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Gesamtmaßnahme entstehen, sind über den Angebotspreis zu decken.

Besonderheiten zur Durchführung des Vertrages

Produktive und zugleich Wert steigernde Arbeiten der Teilnehmenden dürfen im Rahmen dieses Vertrages nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers verrichtet werden. Verlangt der Auftraggeber vom Auftragnehmer für die Erteilung der schriftlichen Zustimmung gemäß Satz 1 dieses Absatzes die Vorlage einer Bescheinigung über die Unbedenklichkeit vom zuständigen Interessenverband, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, diese dem Auftraggeber unverzüglich vorzulegen. Einnahmen aus diesen Arbeiten sind dem Auftraggeber unverzüglich bekannt zu geben und mindern die vertraglich vereinbarte Vergütung.

Haftpflichtversicherung

Der Auftragnehmer ist verpflichtet eine Haftpflichtversicherung abzuschließen, die mögliche Schäden im Rahmen der Durchführung der Maßnahme in dem ihm zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten und der ihm zugewiesenen Teilnehmenden abdeckt.

In Ausbildungen obliegt grundsätzlich den Betrieben die Verantwortung für die Haftung. Daher müssen Maßnahmeteile im Betrieb nicht durch den Auftragnehmer abgesichert werden. Dies gilt ebenfalls für die Teilnahme am Unterricht in der Berufsschule, welche bei Schäden für die Haftung verantwortlich ist.

Haftungsausschluss

- (1) Der Auftraggeber übernimmt keinerlei Haftung für Vermögens-, Sach- und Personenschäden beim Auftragnehmer. Davon ausgenommen sind solche Schäden, die auf ein vorsätzliches Verhalten des Auftraggebers zurückzuführen sind.
- (2) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von etwaigen Schadenersatzansprüchen Dritter jeder Art frei, sofern die Ansprüche auf ein schuldhaftes Verhalten des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Maßnahme und Durchführung dieses Vertrages zurück zu führen sind.

2.9 Öffentlichkeitsarbeit

Im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung hat der Auftragnehmer entsprechende Instrumente zur Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere zur zielgruppengerechten und zeitgemäßen Bewerbung der Maßnahme, zur Verfügung zu stellen.

Mindeststandard ist nach Zuschlagserteilung ein mit dem Auftraggeber abgestimmtes Informationsblatt (Flyer) zur Verteilung an potenzielle Teilnehmende. Dieses ist in elektronischer Form (als Word- oder als PDF-Datei) zwei Wochen vor Beginn der Maßnahme dem Auftraggeber zur Verfügung zu stellen. Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber die Flyer nach gemeinsamer Abstimmung des Bedarfes in Printform unentgeltlich zur Verfügung. Die Förderung der Maßnahme durch den Auftraggeber muss in dem Informationsblatt angemessen zum Ausdruck kommen (u.a. Verwendung des/der entsprechenden Logos). Der Flyer hat Informationen zu maßnahmenspezifischen Besonderheiten, zu den trägerseitigen Kontaktdaten, Standorten und Ansprechpartnern sowie eine Wegbeschreibung und Hinweise zu Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Personennahverkehr zu enthalten. Pressearbeit ist nur in Abstimmung und mit Hinweis auf den Auftraggeber durchzuführen.

Ergänzend ist die Bewerbung der Maßnahme durch einen ansprechenden und zeitgemäßen Internetauftritt (inkl. Social Media) wünschenswert.

Scientology-Ausschluss

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich bzw. stellt sicher, dass weder er noch seine Beschäftigten noch gegebenenfalls von ihm beauftragte Dritte bei der Erfüllung der Maßnahme die „Technologie von L. Ron Hubbard“ anwenden bzw. verbreiten.
- (2) Bei einem Verstoß gegen Abs. 1 ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist ganz oder teilweise schriftlich zu kündigen. Weitergehende Rechte bleiben unberührt.

2.10 Diversity Management

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, im Rahmen des Diversity Managements die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern, die positive Wertschätzung der individuellen Verschiedenheit, das Erreichen einer produktiven Gesamtatmosphäre, das Verhindern der sozialen Diskriminierung von Minderheiten und die Verbesserung der Chancengleichheit von vornherein und regelmäßig bei der Durchführung der Maßnahme zu berücksichtigen.

Bei der Durchführung der Maßnahme soll eine produktive Gesamtatmosphäre erreicht, soziale Diskriminierung von Minderheiten muss verhindert und die Chancengleichheit verbessert werden. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, geeignete Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt und Missbrauch, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, zu treffen.

Der Auftragnehmer greift auf Methoden und Konzepte zu, die die gesamte Familie einbeziehen und unterschiedliche Familienformen sowie deren Bedürfnisse berücksichtigen. Regelmäßige Sensibilisierung und Weiterbildung zu den Themen Gender, Diversity und interkulturelle Kompetenz finden statt.

Hierbei hat der Auftragnehmer ebenfalls auf die verschiedenen Beratungsmöglichkeiten der Region hinzuweisen, die die Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt verbessern. In gendersensibler Form werden die Teilnehmenden beruflich orientiert. Ferner werden ihnen geschlechtsneutral verschiedene Modelle der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nähergebracht und damit tradierte sowie herkunftsorientierte Rollen- und Berufsbilder verändert und aufgebrochen.

Schriftformerfordernis und Salvatorische Klausel

- (1) Alle Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen zu ihrer Wirksamkeit eines von den Parteien unterzeichneten Nachtrages.
- (2) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht betroffen. Das Gleiche gilt, wenn und soweit sich in diesem Vertrag eine Lücke herausstellen sollte. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt oder entspricht, was die Vertragsparteien wirtschaftlich gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt hätten, sofern sie diesen Aspekt bedacht hätten.